

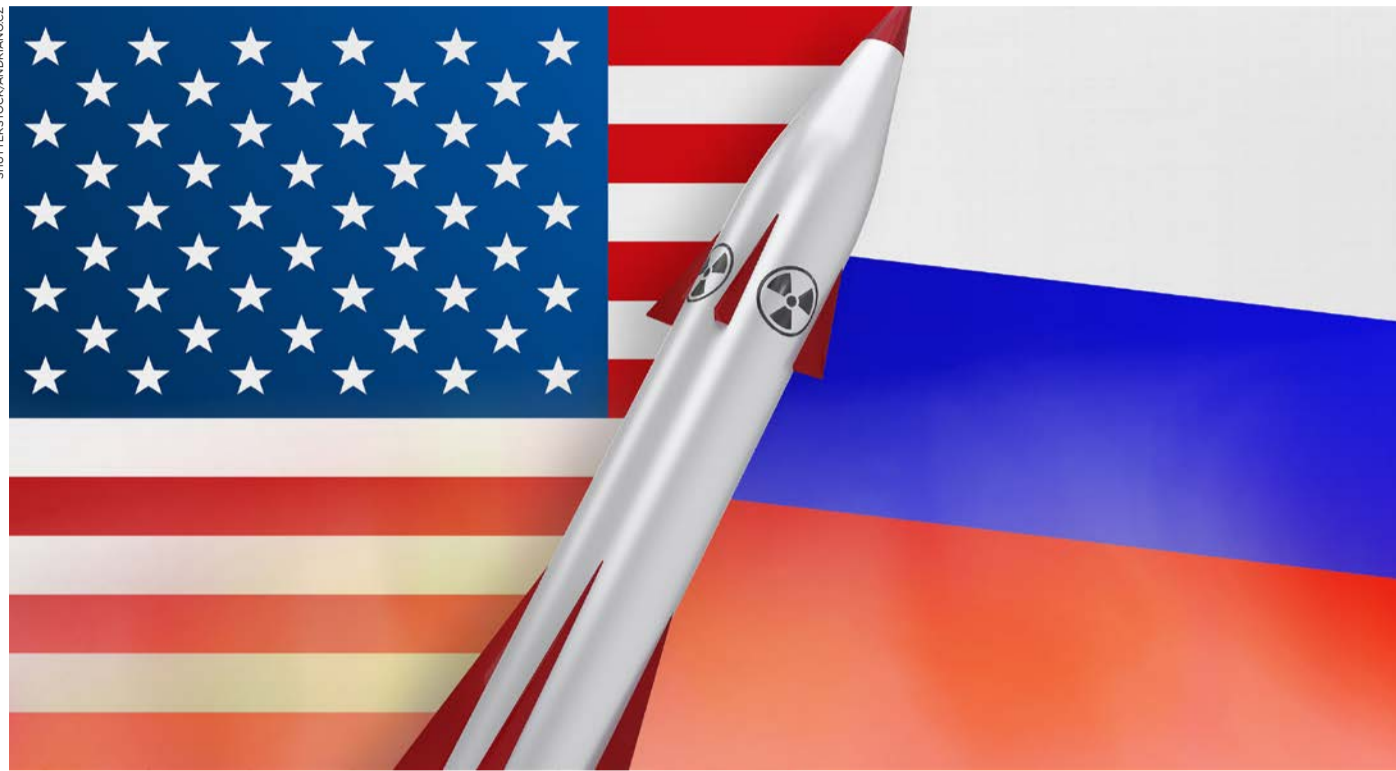
Arsenal der Vernichtung

In Wien verhandeln Russland und die USA über nukleare Abrüstung. Es sieht nicht gut aus | Von Klaus Prömpers

Bye, bye, Multilateralismus, sagt Donald Trump, seit er am 20. Januar 2017 ins Weiße Haus einzog. Und das gilt aus seiner Sicht konsequenter Weise in allen Bereichen: *America First* eben. Im Abrüstungsbereich steht am Montag bei Verhandlungen in Wien nun in Frage, ob der von Präsident Barack Obama und Präsident Wladimir Putin 2010 unterschriebene New START (*Strategic Arms Reduction Treaty*) verlängert werden kann oder am 5. Februar 2021 endet. Das ursprüngliche Abkommen stammte aus dem Jahr 1991.

Keine Frage, Europa wie die Welt brauchen eine neue Sicherheitsarchitektur. Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs ist die Bipolarität einer größeren Vielfalt gewichen. In den vergangenen 30 Jahren kamen Indien, Israel und Pakistan als Nuklearstaaten dazu. Experten halten vor allem einen regionalen Konflikt zwischen Indien und Pakistan mit Nuklearwaffen für das gefährlichste Szenario. Zusätzlich wird ein Scheitern der Fortsetzung des New-Start-Abkommens zu einer neuen Runde des Wettrüstens weltweit führen, nicht nur zwischen den USA und Russland.

Nach Ausstieg aus dem Iran Abkommen 2018, Kündigung des Open Skies Abkommens am 2. Mai 2020 bleiben nur noch New START, der im März 50 Jahre alt gewordene Nichtweiterverbreitungsvertrag für nukleares Material, von 191 Staaten unterschrieben und ratifiziert, sowie das Verbot von Nuklear-Tests übrig. Die Welt würde ein großes Stück unsicherer, wenn all diese Beschränkungen nach und nach wegfielen, wie Trump es vorzuziehen scheint. Die USA, wie auch Russland und China investieren in die Modernisierung der Nuklearsprengköpfe,



unklar bleibt, was im Moment der Iran plant.

Wenn der Abrüstungsbeauftragte des US-Präsidenten Marshall Billingslea und der stellvertretende russische Außenminister Sergei Rybakow sich am Montag treffen, könnte alles ganz einfach sein: Die beiden verständigen sich auf eine fünfjährige Verlängerung des Vertrages. Aber danach sieht es nicht aus.

Mittlerweile neun Staaten verfügen über Atomwaffen. Die meisten Sprengköpfe, nämlich 13 400, sind im Besitz der USA (5800) und Russlands (6375), China 320 (Experten rechnen mit einer Verdoppelung in den nächsten zehn Jahren.)

Zur Bekanntgabe des Treffens in Wien tweetete der US-Sonderbeauftragte Bil-

lingslea, man habe China zum Treffen eingeladen. Postwendend kam von dort eine Absage. Und der russische Verhandlungsführer Rybakow erklärte, sein Land werde China nicht an den Tisch zwingen können.



KLAUS PRÖMPERS
leitete als Korrespondent die ZDF-Studios in Wien und New York. Zuvor war er für die Sendung *bonn* direkt verantwortlich. Er lebt in Wien.

Die Einstellung, China durch harte Verhandlungsführung an einem neuen Abrüstungspakt beteiligen zu können, stellt sich wieder einmal als falsch heraus. Der „große Dealmaker“ Trump dürfte auch an dieser Aufgabe scheitern. Es sei denn, er folgt den erfahrenen Militärs und Abrüstungsspezialisten, die alle die fünfjährige Verlängerung für äußerst sinnvoll halten. Doch wenn man den Einlassungen Billingslea folgt, dann wird der Fall wohl nicht eintreten. Unlängst erklärte er im Radio: „Wir wissen, wie wir solche Wettrennen gewinnen können und wir wissen, wie wir unsere Gegner in Vergessenheit geraten lassen können.“

Zu diesem Rezept gehörte offensichtlich auch die Überlegung im Weißen Haus,

dennächst einen Nukleartest durchzuführen. Dieses „Zeichen der Stärke“ sollte wohl die Chinesen zur Teilnahme bewegen. Es wäre aber ein eklatanter Bruch des Nuklearteststopp-Abkommens aus dem Jahr 1963. Dem folgte 1996 der *Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty*, von der Vollversammlung der UN angenommen und von 180 Nationen ratifiziert – nicht allerdings vom US-Senat, ebenso wenig von Indien, Nordkorea und Pakistan.

Trump hat schon in anderen Fällen eine Beteiligung Chinas an künftigen Abrüstungsabkommen gefordert. Grundsätzlich ist die Erweiterung bestehender Verträge um neue Nuklearstaaten sinnvoll. Doch bis zum Februar 2021 wird das kaum zu verhandeln sein, zumal China mit seinen bisher knapp 320 Sprengköpfen weit hinter den USA und Russland zurückliegt und zunächst „Augenhöhe“ herstellen will.

Um so wichtiger aber wäre ein Fortgelten des vorhandenen Vertrages zur Selbstbeschränkung der beiden Atomsupermächte Russland und USA: Der jetzige Vertrag beschränkt beide Seiten auf je 700 Interkontinental-Raketen, 1550 Nukleare Sprengköpfe, die auf Raketen, Flugzeugen und U-Booten stationiert sein dürfen, sowie 800 zusätzliche Flugzeuge, Raketen und U-Boot-Vorrichtungen, die mit nuklearen Sprengköpfen bestückt werden könnten. Außerdem ermöglicht der Vertrag pro Land jährlich 20 Inspektionen in militärischen Installationen der Gegenseite. Tatsächlich sind es in beiden Ländern etwas weniger, als die oben dargestellten Zahlen. Dennoch bilden die vorhandenen Atomsprengköpfe ein furchtbares Arsenal der Vernichtung.

AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des Hauptstadtbriefts. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

Gönnerschaft

Die Karten sind neu verteilt. Vor zwei Monaten hatte die CDU einen neuen Vorsitzenden wählen wollen. Das Coronavirus kam dazwischen. Nun nimmt der innerparteiliche Wahlkampf wieder Fahrt auf – unter neuen Umständen. In allen Umfragen liegt die Union nun bei knapp 40 Prozent, was dem Kampf um den CDU-Vorsitz eine zusätzliche Brisanz und Dynamik gibt. Im Wettstreit um die Kanzlerkandidatur hat – laut Demoskopie – Markus Söder die CDU-Bewerber abgehängt. Die Krise nutzte dem CSU-Chef, in die Rolle eines virtuellen Staatsmannes zu wachsen. Sogar in die des CDU-Königsmachers? Söders Äußerungen zu derlei Fragen erinnern an ein Orakel aus Delphi. Klar ist: Söder ist nicht mehr der Söder von früher. Nichts ist mehr selbstverständlich.

Der Abstand zwischen den drei bisherigen Kandidaten für den CDU-Chefsessel ist geblieben. Friedrich Merz, der Bannerträger des konservativen Wirtschaftsflügels, liegt in Front. Zugelegt hat er nicht. Gleichwohl verteilt er auf gönnerhafte Weise Kopfnoten: „Markus Söder ist ein extrem fleißiger Arbeiter. Er macht seine Arbeit in Bayern sehr gut. Das ist auch notwendig.“ Der FAZ sagte er, er sehe den bayerischen Ministerpräsidenten nicht als Konkurrenten um die Kanzlerkandidatur. „Ich nehme seine Äußerung ernst, dass er in Bayern bleiben will.“ Nach wie vor folgt der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet auf Platz zwei. Auch er will Söder auf alte Zusagen festnageln. Doch hat sich in den vergangenen Wochen der vermeintliche Amtsbonus für ihn nicht positiv ausgewirkt. Es war ihm – auch von Söder – sogar unterstellt worden, seine Vorschläge zur Bewältigung der Coronakrise dienten vor allem Profil und Machterwerb. Laschet ist der Verlierer der Wahlkampfpause.

Der dritte Kandidat, Norbert Röttgen, liegt in den Umfragen weiter hinten. Im Internet betreibt er Graswurzelarbeit – frei nach dem Sponti-Spruch: „Du hast keine Chance, also nutze sie.“ Röttgen wirkt als Gegenentwurf seiner Konkurrenten: Smart, jungendlich und trotz langer politischer Tätigkeit (seit 1994 im Bundestag) und breiter Erfahrung (Fraktionsgeschäftsführer, Umweltminister, Außenpolitiker) unverbraucht. Als einziger der drei Kandidaten hat er nichts zu verlieren. Nicht einmal gegen Söder. Bis zum CDU-Parteitag im Dezember gilt das Wort des amerikanischen Schriftstellers Thornton Wilder: „Der Gelassene nützt seine Chance besser als der Getriebene.“

Es gilt, den Neid zu verteidigen

In der großen Krise mehr denn je – das philosophische Argument für kluge Umverteilung | Von Martin Hartmann

Forderungen nach Umverteilung von Reichtum werden oft mit dem Argument erschlagen, es gehe in ihnen nur um den Neid der weniger Begüterten. Wird etwa in Corona-Zeiten verlangt, die Reichen mögen höhere Steuern zahlen, um die anstehende Schuldenlast zu mildern, taucht es schnell wieder auf, das Neidargument.

Dabei sind sich die Kritiker der Umverteilung durchaus darüber im klaren, dass Neid selten als Neid daherkommt. Weil Neid sozial geächtet ist, muss er sich verstecken oder verkleiden, so dass man ihn erst entdecken und entlarven muss, um ihn dann desto genussvoller anzuprangern. Du willst Gerechtigkeit? Gebe doch zu, dass du neidisch bist. Du verlangst Umverteilung? Wie hässlich, du missgönnt den Wohlhabenden, was ihnen zusteht. Du leidest unter großer Ungleichheit? Strenge dich doch an, dann kannst du es auch schaffen, dein Neid lenkt nur ab von deinem eigenen Versagen.

Man muss es einmal deutlich sagen: Die Kritiker des Neids machen es sich zu einfach, es gilt, den Neid zu verteidigen. Das ist wahrlich kein leichtes Unterfangen, denn kaum ein Gefühl wird derart verteuert wie der Neid. In einem berühmten Fresko Giotto's schießt der Neid wie eine Schlange aus dem Mund des Menschen, nur um sich dann gegen ihn zu wenden und von innen zu zerfressen.

Wie also dieses äußerst negative Gefühl verteidigen, wie etwas Gutes an ihm finden? Am Anfang mag ein genauerer Blick auf den Begriff hilfreich sein. Oft reicht es ja, bloß von Neid zu sprechen und schon ist

der angeblich Neidische moralisch diskreditiert. Aber das gehört zu den Vereinfachungen, die echte Diskussionen unterbinden und leere Polemik provozieren.

Wird man überhaupt genauer, heißt es nicht selten, der Neidische wolle einem anderen etwas wegnehmen, um es selbst zu besitzen. Geradezu böse wird dieser Neid, wenn er dem anderen wegnehmen will, was ihm rechtmäßig zusteht, der Neidische, so sieht es dann aus, befürwortet letztlich eine Form von Diebstahl. Wohl nicht ohne Grund hat Immanuel Kant dem Neidischen Menschenhass zugesprochen, blickt dieser Neidische doch voller Schmerz auf das Wohl des anderen anstatt sich ohne jeden Vergleich ganz um das eigene Wohl zu kümmern.

Doch Neid will oft gar nicht anderen etwas wegnehmen, um es dann selbst zu besitzen, er will eher *auch* haben, was der andere hat.

Das ist Neid, kein Zweifel, aber er verliert sofort das negative *Framing*, dass die Neidkritiker ins Feld führen, um den Neidischen der sozialen Missgunst zu überführen und damit irgendwie auch mundtot zu machen. Auch haben zu wollen, was andere haben, kann in den kapitalistischen Konkurrenzgesellschaften, in denen wir leben, keine Ursünde sein, was immer man sonst über diese Gesellschaften denkt. Das liegt auch daran, dass diese Gesellschaften den Vergleich mit anderen auf vielfältige Weise erleichtern und provozieren, jedes Ranking gibt darüber Auskunft. Wie soll der Hang, sich zu vergleichen, der jedem Neid zugrunde liegt, vermieden werden, wenn

begehrte Güter knapp sind und gleichzeitig vermittelt wird, man könne durch Anstrengung und Leistung in den Genuss dieser Güter kommen? Dieses System will geradezu, dass wir neidisch werden, so dass dessen Verteufelung wie eine moralistische Heuchelei der Wettbewerbsieger erscheinen muss.

Bedenkt man dann noch, dass die Annahme, es sei durch Leistung und pure Anstrengung möglich, im sozialen Prestige- und Gehaltsgefüge bis ganz nach oben zu klettern, hochgradig zweifelhaft ist, dann taucht etwas auf, das man gar nicht laut zu benennen wagt: das Gespenst des gerechtfertigten Neids. Was, wenn eben doch nicht jeder alle Positionen und Güter erreichen kann, was wenn die Wege nach oben für viele verschlossen sind, egal, wie sehr sie sich anstrengen und wie viele Bildungstitel sie erlangen.

Die Coronakrise, das dürfte noch deutlich werden, könnte derartige Szenarien gerade für junge Leute verschärfen, es ist eine Illusion sein zu glauben, niemand müsse für die jetzt entstehenden Schulden einen Preis entrichten. Wie sollten die, die dann ganz ohne Arbeit bleiben oder außer-



PROF. DR. MARTIN HARTMANN
lehrt Philosophie mit Schwerpunkt Praktische Philosophie an der Universität Luzern.

und unterhalb ihrer Qualifikationen tätig sein müssen, nicht neidisch werden auf die, die über angemessene Stellen und ein ordentliches Gehalt verfügen?

Verschärft wird damit eine Lage, die ohnehin schon von wachsender Ungleichheit geprägt ist.

Und damit kommt ein Punkt ins Spiel, den die Kritiker der Neidischen gern übersehen, den sozialpsychologische Studien aber mittlerweile recht gut belegen. Selbst wenn man nicht nachweisen könnte, dass große sozioökonomische Ungleichheiten ungerechtfertigt sind, verursachen sie an sich Probleme. Deutliche Ungleichheiten führen nämlich den weniger gut Gestellten immer wieder schmerhaft vor Augen, wo sie stehen und niemals hinkommen werden. Sie werden auf diese Weise zwangsläufig an ihre Lage erinnert, was ihre ohnehin schon angegriffene Selbstachtung weiter schwächt. Große oder exzessive Ungleichheiten können also ganz unabhängig von der Frage nach ihrer Legitimität Erfahrungen der Demütigung hervorrufen.

Sind diese Überlegungen stimmig, dann richtete sich ein Neid, der den Privilegien der besser Gestellten gilt, nicht primär auf Umverteilungsmaßnahmen, sondern auf eine anständigere Gesellschaft, die exzessive Ungleichheiten nicht zulässt, weil diese Ungleichheiten auf breiter Ebene Gefühle der Ohnmacht, der Wertlosigkeit und eingeschränkter Selbstachtung produzieren und die besser Gestellten übrigens oft moralisch abstumpfen und isolieren – die Verunglimpfung des Neids ist ein Symp-

tom davon, übersetzt sie doch fröhlich ein oft völlig berechtigtes Gefühl des Unbehagens oder der vergleichenden Benachteiligung in den als böse verstandenen Wunsch, anderen wegzunehmen, was ihnen scheinbar zurecht zukommt. Sie vergrößert damit rhetorisch eine Distanz, die etwa in räumlicher oder schulischer Hinsicht ohnehin schon beträchtlich ist, man denke an *gated communities*, zunehmend gentrifizierte Stadtviertel oder den wachsenden Markt für Privatschulen. Diese Abschottungsphänomene haben dabei noch den tückischen Effekt, dass sie Vergleiche erschweren, denn wenn ich nicht einmal sehen kann, was andere haben oder wie sie leben, wird es schwerer fallen, meinen Lebensstil an dem der anderen zu reiben und nach möglichen Wirkungen großer Ungleichheit für das Gemeinwohl zu fragen.

So gesehen kann ein Neid, der auch haben will, was andere haben, oder ihnen sogar etwas nehmen will, weil große Ungleichheit als Gefahr für die gleichberechtigte Teilnahme am demokratischen Gemeinwesen gesehen wird, als Warnsignal dienen.

Natürlich fühlt es sich nicht gut an, neidisch zu sein. Aber das macht ihn nicht schmutzig oder niederträchtig oder gar primitiv. Wer ihn verunglimpft und dazu auch noch, wie Kant, die Neigung, sich mit anderen zu vergleichen, als Menschenhass tituliert, der will die Demokratie von den unreinen Gefühlen der Wettbewerbsverlierer befreien. Und das hat etwas von Nachtretten, wie man im Fußball sagt, und ist selbst alles andere als guter Stil.